

Nachhaltigkeitskriterien für die öffentliche Beschaffung sind nicht verpflichtend und werden daher kaum berücksichtigt. Dies erklärt, weshalb im Jahr 2015 bei nur rund 2,4 Prozent der öffentlichen Beschaffungen Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt wurden. Der Staat sollte daher verpflichtet werden, im Rahmen seiner öffentlichen Beschaffung, Nachhaltigkeitskriterien anzulegen. Dadurch würden Leitmärkte für nachhaltige Produkte etabliert werden. Nachhaltigkeits- und umweltbezogene Aspekte sollten an unterschiedlichen Stellen bei der öffentlichen Beschaffung Berücksichtigung finden.

5.5. FINANZEN

PRAXISBEISPIELE UND ENTSPRECHENDE POLITISCHE VORSCHLÄGE

Praxisbeispiel & Politischer Vorschlag

Finanzen und Ethik? Das Gebot der Stunde

Kirchliche Investoren verbinden Nachhaltigkeit mit Ethik, christlichen Normen und Werten. Das kirchliche Handeln im Bereich der Geldanlagen soll nicht im Widerspruch, sondern im Einklang mit dem kirchlichen Auftrag im Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung stehen. Für kirchliche Investoren bedeutet dies, dass es bestimmte Geschäftsbereiche und -aktivitäten gibt, die von anderen als nachhaltig klassifiziert werden, von denen sie sich jedoch distanzieren und von denen sie nicht profitieren wollen.

Geldanlagen sind zwar nach ökonomischen Grundsätzen vorzunehmen, die gleichzeitige Auseinandersetzung mit den Wirkungen der Geldanlage auf Umwelt, Mitwelt und Nachwelt ist jedoch unverzichtbar. Darum sollen Geldanlagen unter Berücksichtigung unserer christlichen Werte sozialverträglich, ökologisch und generationengerecht erfolgen. So steht es in dem Leitfaden des Arbeitskreises Kirchlicher Investoren (AKI), der seit 2011 kirchlich institutionellen Anlegern Richtwert ist und Handlungsorientierung gibt. In der aktualisierten Fassung von 2023 gewinnen klimasensible Anlagestrategien an Bedeutung und erfahren viel Aufmerksamkeit.

[Arbeitskreis kirchlicher Investoren \(AKI-EKD\) - aki-ekd.de](https://www.aki-ekd.de)



Öffentliche Kapitalanlagen konsequent nachhaltig ausrichten

Im Finanzbereich besteht das Hauptanliegen in einer Einbeziehung von Kriterien der Nachhaltigkeit in die Entscheidungen der im Finanzsystem tätigen Akteure. Hier ist jeder und jede gefordert: internationale Institutionen, Regierungen, die Privatwirtschaft, aber auch die einzelnen Anlegerinnen und Anleger. Nachhaltigkeit kann und sollte im Bereich der Finanzindustrie zum neuen Mainstream werden, nicht einfach nur zu einer Gelegenheit des Greenwashing.

Der Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung sieht Bund und Länder in der besonderen Pflicht, bei ihren Anlageentscheidungen eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Öffentliche Kapitalanlagen sollten kohärent mit den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen sein. Auch müssten bei der Überwachung und Regulierung der Finanzstabilität klimagedingte Risiken einbezogen werden.

Praxisbeispiel & Politischer Vorschlag

Gemeinwohl vor Wachstum

Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) strebt eine ethische, ökologisch nachhaltige und sozial gerechte globale Wirtschaftsordnung an. Ihr liegt ein wertebasierter und ganzheitlicher Ansatz zugrunde. Das Wohl von Menschen und Umwelt – das Gemeinwohl – wird zum obersten Ziel des Wirtschaftens. Mit diesem Ansatz versuchen auch Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen, ihr wirtschaftliches Verhalten zu ändern und umzustellen. Dem Diakonieverbund Schweicheln, ein gemeinnütziger Träger der Kinder- und Jugendhilfe, zum Beispiel ist es ein Anliegen, mit Menschen und Ressourcen respektvoll umzugehen. Mit dem „Projekt Gemeinwohlökonomie“ wurde das unternehmerische Handeln in allen Facetten auf den Prüfstand gestellt, um als Unternehmen noch stärker als bisher wertorientiert zu agieren. Die Erstellung der ersten Gemeinwohl-Kompaktbilanz wurde in Kooperation mit der Fachhochschule Bielefeld durchgeführt und ist Ausdruck für die Verantwortung für nachhaltiges Handeln in allen Bereichen des Verbundes.



[Projekt Gemeinwohlökonomie \(Diakonieverbund Schweicheln e.V.\)](#)

Rechtliche Rahmenbedingungen für Gemeinwohl-Ökonomie verbessern

Ein alternatives Wirtschaftsmodell, wie es die Gemeinwohl-Ökonomie ist, kann langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn es vom gesetzlichen Rahmen unterstützt wird. Die Europäische Union hat die GWÖ als ein wirksames Instrument anerkannt, um Verbraucher:innen und anderen Interessengruppen mehr Transparenz zu bieten. Die Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, die rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften zu verbessern. Dieses sollte umgesetzt werden. Beispiele gibt es in mehreren Bundesländern. So hat das Land Baden-Württemberg ein Pilotprojekt Gemeinwohlbilanz gestartet, bei dem bei einem Unternehmen mit Landesbeteiligung die Wertschöpfung umfassend und transparent dargestellt wird. Die Erkenntnisse sollen auf Wunsch privatwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung gestellt werden.



Praxisbeispiel & Politischer Vorschlag

Soziale Gerechtigkeit im Blick

Mit ihrer Kampagne „Für Klimaschutz, der allen nutzt“ verfolgt die Caritas Deutschland einen sozial gerechten Klimaschutz. Ein zentraler Bestandteil ist die Forderung nach einem stärkeren Beitrag der wohlhabenden Bevölkerung, da sie aufgrund ihres Ressourcenverbrauchs einen größeren Anteil am Klimawandel hat.

[Für Klimaschutz, der allen nutzt - Caritas-Kampagne 2023](#)

Eine andere Initiative in diese Richtung ist die Zachäus-Kampagne für Steuergerechtigkeit.

Sie ist eine gemeinsame Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen, des Lutherischen Weltbundes, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, des Weltrates Methodistischer Kirchen und des Weltmissionsrates. Namensgeber der Kampagne ist der Zöllner Zachäus, der als Teil des kolonialen Militär- und Finanzsystems zu Lebzeiten Jesu für Christ:innen eine durchaus geläufige Figur ist. Die Kampagne richtet ihr Augenmerk auf drei für Steuer(un)gerechtigkeit politisch besonders relevante Dimensionen:

- die soziale Dimension: zunehmende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen, Reichtum und private wie öffentliche Armut bei uns;
- die ökologische Dimension: globale Erwärmung, nicht nachhaltiger Umgang mit Ressourcen, „Klimaschuld(en)“ des globalen Nordens gegenüber dem globalen Süden;
- die entwicklungspolitische Dimension: Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, strukturelle Zusammenhänge zwischen Überfluss und Mangel, soziale wie ökologische Vulnerabilitäten im globalen Süden.

<https://zachaeus-kampagne.de/>

Ressourcensteuer einführen und sozial abpuffern

Die Ökosteuer sollte von einer Energie- zu einer Ressourcensteuer fortentwickelt werden, so dass auch hier ein wirtschaftlicher Anreiz besteht, den Verbrauch Schritt für Schritt zu senken. Haushalte mit geringem Einkommen sollten einen sozialen Ausgleich erhalten.

